

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 21.11.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:38 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Dr. Christiana Bauer bis 18:50 Uhr
Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Frau Ursula Schineller
Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler
Herr Markus Kollmeier
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Serafin Eilmes
Herr Michael Holler-Göller als Vertretung für Frau Böhne
Herr Joachim Hood
Frau Sarah Labarbe abwesend von 18:00 bis 19:25 Uhr,
vertreten durch Frau Pfaff
Frau Hannelore Pfaff von 18.00 bis 19:25 Uhr als Vertretung für Frau Labarbe

FDP

Herr Gregor vom Braucke als Vertretung für Herrn Focke

Die Partei

Herr Christian Loth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic Integrationsrat
Herr Rüdiger Klein Psychiatriebeirat
Herr Rolf Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ursula Haas-Olbricht	Seniorenrat, als Vertretung für Frau Huber
---------------------------	--

Verwaltung

Frau Silke Aron	Büro für Sozialplanung
Frau Julia Harmsen	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Herr Felix Heckersdorf	Büro für Sozialplanung
Herr Peter Hiltawsky	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Michael Kokemor	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Gisela Krutwage	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Herr Aiko Linnenbürger	Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Frau Ruth Löning	Gleichstellungsstelle
Herr Simon Löwenstein	Fraktionsreferent CDU-Fraktion
Herr Ingo Nürnberger	Erster Beigeordneter Dezernat 5
Herr Björn Palma	Stab Dezernat 5
Herr Werner Wörmann	Büro für Sozialplanung

Gäste

Herr Marc Alex	Jobcenter ArbeitPlus Bielefeld
Herr Wolfgang Draeger	Agentur für Arbeit Bielefeld
Frau Annette Fuhrmann	Zu TOP 6
Herr Matthias Rotter	AG Wohlfahrtsverbände
Herr Christian Roebbers	Jugendberufsagentur
Herr Oliver Wittler	Jugendberufsagentur

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 32. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung stellt sie fest, dass die Antwort der Verwaltung zu TOP 3.1 „Trinkwasseruntersuchung privater Hauswasserbrunnen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.11.2023)“ mit der Drucks.-Nr. 7139 vorliege. Weiterhin gebe es einen Antrag zu TOP 8.1 „Weiterführung des Integrationsbudgets“. Der Änderungsantrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 21.11.2023 zur Beschlussvorlage der Verwaltung (7083/2020-2025) habe die Drucks.-Nr. 7173 und stehe als Tischvorlage sowie im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Die Bezeichnung des TOP 11 werde in „Informationen aus der Regionalplanungskonferenz am **08.11.2023**“ korrigiert.

Herr Copertino **beantragt, den TOP 8 „Integrationsbudget“ in 1. Lesung zu behandeln**, so wie das in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am Vormittag geschehen sei. Es gebe in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf. Herr Hood schließt sich für die Koalition diesem Antrag an, da so auch noch die Beratung des Integrationsrates abgewartet werden könne. Für die Beschlussfassung solle es eine Sondersitzung vor der Ratssitzung am 14.12.2023 geben. Mit diesem Vorgehen sind alle Anwesenden einverstanden.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 31. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.10.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 17.10.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Sitzungskalender 2024

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Dezernates 5 für Soziales und Integration.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Trinkwasseruntersuchung privater Hauswasserbrunnen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 14.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7139/2020-2025

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die vorliegende schriftliche Antwort der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Kultursensible Pflege (gemeinsamer Antrag der Rats-Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 08.11.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7095/2020-2025

Frau Weißenfeld bringt den Antrag ein und begründet ihn. In der Altenpflege, vor allem bei Demenzerkrankten, helfe die Berücksichtigung der Herkunftskultur, um z.B. mit Texten und Liedern aus der Vergangenheit zu arbeiten.

Herr Gugat unterstützt den Antrag uneingeschränkt und fragt nach dem Zusammenhang mit dem Pflegegipfel. Herr Holler-Göller sieht in dem Antrag eine Verstärkung der Anregungen des Pflegegipfels und verweist auf die Veranstaltung am 25.09.2023 „WINK - Workshops für interprofessionelle Kompetenz: Fachtagung "Kultur- und Diversitätssensibilität im Gesundheitssystem". Seine Fraktion unterstütze den Antrag voll und ganz. Auch Frau Adilovic begrüßt den Antrag im Namen des Integrationsrates und regt an, Träger der Altenhilfe und Pflege mit dem Hintergrund einer internationalen Familiengeschichte als Inputgeber einzubeziehen. Herr Weber äußert seine Verwunderung darüber, dass die Verwaltung durch den Antrag nochmals aufgefordert werde, denn das Thema sei schon in der letzten Wahlperiode im Integrationsrat behandelt worden und seines Wissens nach schon vielfältig berücksichtigt. Dazu bittet er die Verwaltung um Informationen. Frau Beier erläutert, dass der Antrag vor dem Hintergrund zu sehen sei, dass der GKV-Spitzenverband Finanzmittel für Modellprojekte zur Verfügung stelle. Herr Hood ergänzt, dass durch den Antrag deutlicher werden solle, was schon an kultursensibler Arbeit geschehe und wo die Träger noch Unterstützung benötigten.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt, dass es viele Vereine und Träger gebe, die sich um das Thema bemühten, so dass hier nicht bei Null angefangen werden müsste. Dennoch gebe es einen Weiterentwicklungsbedarf. Als Beispiel führt er die Tagespflege an, die durch Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. Tage der offenen Tür ihre Entlastungsangebote verstärkt den Zielgruppen in den sogenannten Communities (Gemeinschaften) bekannt machen könne.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache und lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den Trägern der Altenhilfe und der Pflegeausbildung die kultursensible Altenhilfe und Pflege weiter zu stärken. Dazu wird die Verwaltung gebeten, die Träger entsprechend fachlich zu unterstützen. Folgende Handlungsansätze sollen unter anderem dabei beachtet werden:

- **Unterstützung zielgruppenspezifischer Angebote (z.B. stationäre sowie Tagespflegeeinrichtungen, Wohngemeinschaften, Quartiersmodelle, Pflegende Angehörige)**
- **Kooperative Angebote von Maßnahmen mit unterschiedlicher kultureller Ausrichtung**
- **Muttersprachliche Ausgestaltung der Sozial- und Pflegeberatung (in Präsenz und digital)**
- **Integration muttersprachlichen Pflegepersonals**
- **Sensibilisierungs- und Fortbildungsangebote**

Für die Umsetzung der Handlungsansätze sollen Fördermittel akquiriert werden.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Umsetzung der Leichten Sprache bei der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 27.09.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6765/2020-2025/1

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Finanz- und Personalausschuss, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, inwieweit eine interne Lösung gegenüber der externen Vergabe an Übersetzungsbüros für Leichte Sprache wirtschaftlicher ist. Der Vergleich soll in Hinblick auf Einsatzeffizienz, Kosten sowie weitere Voraussetzungen erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher*innen der Stadt Bielefeld (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 27.09.2023)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6731/2020-2025/1

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Beirates für Behindertenfragen empfiehlt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Finanz- und Personalausschuss, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, inwieweit die Beschäftigung von städtischen Gebärdensprachdolmetscher*innen in ausreichender Anzahl im Vergleich zur Beauftragung externer Gebärdendolmetscher*innen vorteilhaft sein könnte. Der Vergleich soll in Hinblick auf Einsatzmöglichkeiten, Einsatzanzahl, Kosten sowie weitere Voraussetzungen (mögliche Fördergelder etc.) erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Bestellung der Ombudsperson nach § 16 WTG

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6917/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kokemor und Frau Annette Fuhrmann, die sich dem Gremium kurz vorstellt und für Fragen zur Verfügung steht.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates und des Beirates für Behindertenfragen beschließt der Sozial- und Gesundheitsausschuss:

Frau Annette Fuhrmann wird zur ehrenamtlich tätigen Ombudsperson nach § 16 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) NRW bis zum 31.12.2025 bestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Integrationsbudget

Für diesen Tagesordnungspunkt einschließlich seiner Unterpunkte wurde 1. Lesung vereinbart.

Herr Weber bittet die Verwaltung, bis zur nächsten regulären Sitzung die Auswirkungen der Haushaltssperre des Bundes auf Maßnahmen des Integrationsbudgets aufzuzeigen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger findet erfreulich, dass die in Rede stehenden Bundesmittel vom Land NRW vollständig an die Kommunen weitergeleitet würden und dass im Verwaltungsvorstand Einigkeit bestehe, die 3 Mio. Euro für kommunale integrationspolitische Initiativen der nächsten drei Jahre zu verwenden. Bewährtes könne fortgesetzt und Neues zielgerichtet zusammen mit dem Integrationsrat und weiterer Fachexpertise entwickelt werden. Er hoffe, dass es in der Sondersitzung am 14.12.2023 ein positives Votum gebe. Die Verschiebung der Entscheidung zur Beschlussvorlage 7118 „Integrationsbudget - Weiterführung von Sprachangeboten“ sei für die Träger unangenehm, aber im Dezember gerade noch rechtzeitig.

-.-.-

Zu Punkt 8.1

Weiterführung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7173/2020-2025 und 7083/2020-2025

Änderungsantrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 21.11.2023 zur Beschlussvorlage der Verwaltung (7083/2020-2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7173/2020-2025

Herr Hood stellt den Änderungsantrag der Koalition vor. Sie begrüße den Beitrag zur Integrationsaufgabe der Kommunen. Das Budget solle genutzt werden für konkrete Maßnahmen zur Integration von Geflüchteten mit den Schwerpunkten Spracherwerb, Arbeit und Qualifizierung, aber auch die Integration von Kindern in Kitas und Schulen mit entsprechender Unterstützung ihrer Eltern. Die Mittel sollten noch gezielter und ohne Automatismus bei der Fortsetzung nach der Projektphase verwendet werden. Herr Hood wirbt für eine breite Unterstützung des Antrags.

- Der Antrag wird in **1. Lesung** zur Kenntnis genommen. –

Weiterführung des Integrationsbudgets

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7083/2020-2025

Herr vom Braucke gibt die Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Integrationsbudget ab: Sie unterstütze es und wünsche sich ein starkes Mitspracherecht des Integrationsrates.

Frau Adilovic dankt für die Bestrebungen zur Weiterführung des Integrationsbudgets. Sie fragt, was mit dem Rest der vom Land weitergeleiteten 12 Mio. Euro Bundesmittel geschehe, wenn 3 Mio. Euro in das Integrationsbudget fließen.

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass die Finanzmittel für die Erstattung von Kosten seit dem 24.02.2022 gedacht seien. Sie könnten also sowohl für bisherige als auch für künftige Maßnahmen verwendet werden. Er begrüße sehr, wenn nicht der gesamte Betrag rückwirkend für die Haushaltsentlastung genutzt würde, sondern ein Teil für die Zukunft bereitstehe. Alle Ausgaben des Integrationsbudgets würden - wie bisher - allein auf Grundlage entsprechender politischer Beschlüsse getätigt, hierfür würden Vorschläge unterbreitet.

- Die Beschlussvorlage wird in **1. Lesung** zur Kenntnis genommen. -

-.-.-

Zu Punkt 8.2 Integrationsbudget - Weiterführung von Sprachangeboten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7118/2020-2025

- Die Beschlussvorlage wird in **1. Lesung** zur Kenntnis genommen. -

-.-.-

Zu Punkt 9 Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2024 sowie Stand und Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebungsverfahren

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Alex vom Bielefelder Jobcenter ArbeitPlus. Herr Alex stellt anhand einer Präsentation die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms 2024 vor und geht auf die aktuellen Veränderungen ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Aufgrund der Mittelkürzungen rechnet das Jobcenter Bielefeld für 2024 mit rd. 40 Prozent weniger Maßnahmeneintritten (Folie 6). Neben den Finanzen gebe es drei weitere Themenschwerpunkte (Folie 8):

- Strategieänderung beim Spracherwerb
- Guter Übergang beim Wechsel der Beratungszuständigkeit
- Das Verfahren für die Kindergrundsicherung

Im Anschluss beantwortet Herr Alex Fragen der Anwesenden.

-.-.-

Zu Punkt 10 Familienbericht 2023 „Familienfreundliches Bielefeld 2.0“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7023/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wörmann.

Dieser geht auf die Entstehungsgeschichte des Familienberichtes und die Familienbefragungen in den Jahren

- 2017/2018 im Ostmannturmviertel,
- 2020 in den Kitas in Sennestadt und
- 2023 online zu Familie und Beruf

ein und stellt die Umsetzungsschritte der politischen Beschlüsse vor.

Es entspinnt sich im Anschluss eine Diskussion um die Repräsentanz der letzten Befragung und die Wirkungszusammenhänge der Faktoren für Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 11

Informationen aus der Regionalplanungskonferenz am 08.11.2023

Zu diesem Tagesordnungspunkt bittet Vorsitzende Frau Gorsler den Vorsitzenden des Psychiatriebeirates, Herrn Klein, um einen Bericht aus der Regionalplanungskonferenz 2023.

Herr Klein informiert, dass die Regionalplanungskonferenz 2023 erstmals als öffentliche Sitzung des Psychiatriebeirates mit Publikum durchgeführt worden sei und dies von allen Beteiligten positiv aufgenommen worden sei.

Die Versorgungslage für Menschen mit psychischen und Sucht-Erkrankungen in Bielefeld sei im Vergleich der Kommunen in Westfalen-Lippe sowohl im Bereich der Eingliederungshilfe als auch im Bereich der Krankenkassenfinanzierten Versorgung deutlich überdurchschnittlich, lediglich im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gebe es trotz der neuen Klinik eine Unterversorgung vor allem im ambulanten und Nachsorge-Bereich.

Herr Klein berichtet über die Diskussion zu aktuellen Problemlagen. Trotz der vergleichsweise guten Versorgung sei die Versorgung nicht in allen Bereichen bedarfsdeckend. So bestünden Versorgungsprobleme insbesondere im Bereich der niedrigschwelligen Beschäftigung und Wartelisten im Bereich der ambulanten Psychotherapie. Er verweist für weitere Informationen auf das Protokoll der Sitzung, welches demnächst im Ratsinformationssystem veröffentlicht werden könne.

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 13

Einrichtung einer kommunal verantworteten Diamorphin-Praxis an der Borsigstraße

Erster Beigeordneter Herr Nürnberger informiert mittels einer Präsentation über den aktuellen Sachstand. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt. Das umfangreiche externe Rechtsgutachten (Folie 5) habe wieder viele neue Fragen aufgeworfen, die derzeit geprüft würden.

Herr Hood fragt nach den unterschiedlichen Angaben zu der für eine ausreichende Finanzierung notwendigen Klient*innenzahl. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger hält 60 Personen für die untere Grenze, die gleichwohl mit Unsicherheiten behaftet bleibe. Er sehe wegen der räumlichen und inhaltlichen Nähe zum Drogenhilfzentrum Bielefeld durchaus die Chance, dass man eine tragfähige Anzahl von Patient*innen erreichen könne, da dieses für viele Konsument*innen eine „soziale Heimat“ sei.

Herr Copertino bestärkt die Verwaltung darin, weiter zu planen, denn der FiPA habe die Finanzmittel für die weitere Planung beschlossen. Die Fraktionen der Koalition und der CDU stünden weiterhin hinter dem Projekt.

Herr Klein merkt an, dass sich eine private Diamorphin-Praxis zulassungsrechtlich eher nicht verhindern lasse. Er kündigt an, den Betreiber in den Psychiatriebeirat einzuladen, um dem Gremium sein Konzept zu erläutern. Hierzu führt Erster Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass eine Diamorphin-Praxis zwei Zulassungshürden zu nehmen habe. Zum einen bedürfe es einer Zulassung durch die kassenärztliche Vereinigung und zum anderen durch die Bezirksregierung Detmold. Letztere verlange eine Einbindung in das örtliche Suchthilfesystem. Bei einer explizit stark überörtlichen Ausrichtung der Behandlung sei das zumindest schwer zu erfüllen. Die Unsicherheit über die Zulässigkeit der privaten Diamorphin-Praxis sei auch den politischen Entscheidungsträgern bewusst.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache.

Sie stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

Sylvia Gorsler

Britta Zimmermann